

Sozialdemokratisches Organ

Verkaufsstelle
 Halle a. S.,
 Markt 10.
 Die Halle a. S. ist
 ein Zentrum der
 Arbeiterbewegung
 in Sachsen-Anhalt.
 Die Halle a. S. ist
 ein Zentrum der
 Arbeiterbewegung
 in Sachsen-Anhalt.

Verkaufsstelle
 Halle a. S.,
 Markt 10.
 Die Halle a. S. ist
 ein Zentrum der
 Arbeiterbewegung
 in Sachsen-Anhalt.
 Die Halle a. S. ist
 ein Zentrum der
 Arbeiterbewegung
 in Sachsen-Anhalt.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Part. 42/43. Gedruckt werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Unterm Belagerungszustand.

Die Halleische Sozialdemokratie muß ihre Parteigeschäfte „heimlich“ im Freien erledigen.

Der Schlag, den die Halleische Polizei der Arbeiterbewegung durch geschwundene Heberwahrung der geschlossenen Mitgliederveranstaltungen versetzte, ist am Sonntag glänzend und mit Wucht pariert und zurückgegeben worden.

Die Parteileitung berief „heimlich“ von Rund zu Rund eine Generalversammlung nach einem sichern Platz in Waldein und über 1000 Genossen und Genossinnen erlebten dort in erster Arbeit alle wichtigsten und dringenden Parteiangelegenheiten. Die Strategie der Partei funktioniert besser als die Strategie der Polizei, denn erst Stundenlang nach Beendigung der Tagung besetzte die genarrte „Ordnung“ das Kampfterrain.

Die Polizei mag sich merken, daß die Halleische Arbeiterbewegung kein Einberufung ist, mit dem eine Laune oder ein Scherzspiel (wie am Pfingstsonntag) fertig werden könnte! Die Arbeiterbewegung geht ihren Weg, so oder so! Sie pöcht sich gegen Methoden der Laune und der Gewalt, der Mißrat und der Schikane mit geschickter Strategie an und konsolidiert sich immer fester und geschlossener als „Staat im Staat“.

Einstimmig beschloß die Generalversammlung folgende Resolution:

Die im Freien tagende, von 1000 Mitgliedern besetzte Generalversammlung brandmarkt das verhasste verhasste Polizeisystem der Vereinstätigung, das durch die ganz spezielle Halleische Polizeipolitik sogar zur Aufhebung der wichtigsten Erleichterungen und Gewährleistungen geführt hat, die durch das Reichsgesetz seit dem 15. Mai 1909 eingetretene waren und auch bis zum September 1910 in Halle anerkannt wurden.

Die Versammlung gibt dem entschlossenen Willen Ausdruck, sich der neuen ungeschickten Heberwahrungsdraht unter seinen Anführern zu fügen, da die Gefahr besteht, daß sonst diese Halleische Polizeipolitik sofort auf das ganze Reich ausgedehnt werde.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand, alle Mittel zu ergreifen und zu erschöpfen, um die höchsten Forderungen des Klassenkampfes „Recht“ und der Gerechtigkeit zu einer Klassen Entscheidung zu zwingen. Die Versammlung verpflichtet sich zu verbesserter Kampfschärfe und erwartet von der Parteileitung, daß sie auch weiterhin geschickte Vorkehrungen treffe, um die Arbeiter und Geschäfte der Partei in heillos polizeiliche Störung, Verlängerung und Gewalttätigkeit erledigen zu können.

Diese Willensbindung bedeutet mehr als eine Phrase, wie auch die Polizei bald genug werden wird. Die Arbeiterklasse hat den Fehdehandschuh aufgegriffen und bemutet jetzt die Polizei als jene Kraft, „die stets das Böse will und doch das Gute schafft“.

Die Arbeiterbewegung will man niederhalten, will man schwächen? Torum! Es gibt kein Mittel, das unsere Reihen enger schließen und unsere Kampfkraft energischer künden könnte, als der Halleische Polizeisack. Das Zangen des Säbels am Pfingstsonntag und die gewalttätige Verberung und Auflösung der Mitgliederveranstaltungen haben eine Klarheit über den wahren Charakter des Klassenkampfes und einen Weisheit unter den Mitgliedern gewendet, die wir alle lebhaft begrüßen müssen. Die Polizei läßt die Arbeiterklasse mit einer Schärfe von den besitzenden Klassen los, die nicht zu übertraffen ist. Sie zwingt uns, alle Kampfstellungen zu entfallen! Wir gewinnen wieder Erfahrung im „Exerzieren“ und manövrieren im Freien! Wir müssen unsere Feinde wieder strategische Aktionen erleben und entwickeln dadurch unsere fratriciden Fähigkeiten.

Wir gewinnen Macht!
 Und diese Macht werden wir auszubereiten suchen, werden unsere Kreise in immer weiter steden und immer größere Volksmassen umfassen. Bereits am Freitag werden große VersammlungsDemonstrationen im Volkspark die ganze Frage des Polizeisackes in Preußen und speziell in Halle aufrollen. So beschloß die „heimliche“ Versammlung einstimmig:
 Das Volk ist geladen. Es wird kommen und richten!

Wahlparole und Block.

Der schwarzblaue Blod von Junker und Pfaff ist in schwerer Not. Er hat die letzte Reichsfinanzreform gemacht und will im neuen Reichstage die erhöhte Wucherzollgesetzgebung machen. Diese Gängelchen peitscht aber die Empörung der Wähler gewaltig auf, was gerade die Wählerdrücker am lebhaftesten spürten.

Also: man braucht eine Wahlparole, die ablenken soll. Weibe Blodflügel, der schwarze und der blaue, bestärken die Regierung um ein Zeichen für eine Wahlparole, da man selber unfähig ist, seine schimpflichsten Sünden zu bedenken. Die Germania setzt sich freilich aufs hohe Ross und versichert, das Zentrum bedürfe keiner Wahlparole, verlangt in der Nummer vom Sonnabend dringend, daß die Regierung endlich das Bisher öffne.

Einmal muß doch bekannt werden, was die Regierung will, einzeln, ob es verschiedenen Leuten, auf die sie viel leicht noch Hoffnungen setzt, gefällig oder nicht. Das Jögern kann verhängnisvoll werden, wenn der richtige Augenblick zum Handeln verpaßt wird. Sozialdemokratie und Liberalismus sind eifrig an der Arbeit, daß man mit der Gegenarbeit leicht zu spät kommen kann.

Wethmann hilft — Den gleichen Aufstoß haben die Junker aus. Die Deutsche Tageszeitung fordert in ihrer Sonntagsnummer in einem mehr als dreißigfachen Leitartikel gleichfalls und wiederholt dringend „Räufung und Sammlung“. Nach einer langen Erklärung über die Notwendigkeit einer Regierungswahlparole schreibt das agrarische Blatt:

Es ist spät, sehr spät! Aber soll die gebotene Klärung vorbeigeht, soll zur Sammlung die Bahn bereitet werden, dann muß die Regierung sich an der Wahlparole und an der Wahlparole an dem Reichstag an der Reichsfinanzreform stellen, dann darf sie sich nicht scheuen, offen zu bekennen, daß die Finanzreform sich jetzt nicht nur gegen den sogenannten und angeblichen schwarz-blauen Blod richtet, sondern gegen die Regierung selbst, und in gewissen Sinne gegen die Staat und seine Autorität. Inablässig muß sie bemüht sein, mit allen Mitteln das Volk über die Wirkung der Reform aufzuklären, insbesondere auch darüber, daß die angeblich so verhassten neuen indirekten Steuern hätten kommen müssen, auch wenn die Erbschaftsteuer angenommen worden wäre.

Dieser Schwindel würde aber ganz und gar nicht ziehen, denn er wäre hoch und morisch und wird wohl ernsthaft auch nicht bezweckt werden. Das Reich braucht nicht nur seine neuen Lebensmittelformen, sondern könnte schrittweise die alten aufheben, wenn nur eben die Weichen durch eine genügende Neupointennorm, Vermögens- und Erbschaftsteuer zum Steuerabgaben gezwungen würden.

Das Agrarierblatt stellt nun aber seinerseits Forderungen für die kommenden Reichstagswahl, die wohl als Grundzüge der gewöhnlichen Regierungswahlparole dienen sollen. Da soll sich zunächst die Regierung erklären über ihren guten Willen zu „unabhängigen Sparmaßnahmen“, da soll sich die Regierung über den neuen Sozialistifizieren und wie es mit den Vorbereitungen hierzu stehe. Schöne Worte des Reichsanlangers genügen nicht mehr. Man muß wissen, wie der Reichsanlangers über die notwendige Ausgestaltung (!) des Tarifs und über den erforderlichen Ausbaur (!) des Schutzgollsystems denke. Und endlich müsse die Regierung erklären, was sie gegen die sozialdemokratischen „unverjährlich revolutionären Feinde des monarchischen Staates und seiner Ordnung“ zu unternehmen gedenke. Die Gefahr rüde unheimlich näher und es fehle an rücksichtsloser Entschlossenheit zur Vertilgung der Arbeitswilligen, Märkheit ohne Mühseligkeit sei auch hier notwendig, ohne Märkheit keine Sammlung, und kein Ende der Wirrnis.

Das ist die Sprache der Verzweiflung. Nach den siegreichen „nationalen“ Wahlen von 1907 wird man ganz anders. Da hatte die nationale Sache endlich einmal triumphiert und nun sollte die Welt einmal sehen, wie die Staatsverbalten das Volk beschließen würden. Das Volk hat es gesehen und schied sich an, für den verdrängten Betrag Raude zu nehmen. Zu diesem entschlossenen Willen peitschen es die Verhältnisse, die durch keine „Wahlparole“ verunsichert, geschweige denn geändert werden können. Das Beten um eine gute Parole bleibt also unfruchtbar.

Regierung gegen Hanfand.

Die Auftrags zur Beitragsleistung für seinen Wahlfonds, die der Hanfand an dieser Tage erteilt, haben das Reichstag des Herrn v. Bethmann Hollweg erregt. Sein Organ, die Nordb. Allgem. Zeitung, wendet sich gegen sie in einem sehr scharfen Artikel, der um so bemerkenswerter ist, als er dazu bestimmt sein dürfte, einen allgemeinen Vorstoß der Rechte gegen den Hanfand einzuleiten.
 Das Ranglerblatt wendet sich mit besonders großer Entschiedenheit gegen einen Satz des Auftrags an die Staats- und Industriellen, in dem es heißt, daß jähraus, jähraus „gewerbefähige, von Unerfand oder Eigennutz bittere

Mahregeln der Gesetzgebung und Verwaltung jeden einzelnen Industriellen und jeden einzelnen Kaufmann einzusetzen und belästigen“. Diesen Satz nimmt es zum Ausgangspunkt der folgenden Betrachtungen.

Eine solche Sprache war bisher den staatsfeindlichen Parteien vorbehalten, zu denen überaltnach der Hanfand die bürgerlichen Kreise verhielten. In einer andern Stelle behauptet der Autor, daß die gegenwärtige deutsche Wirtschaftspolitik die Interessen von Gewerbe und Handel und Industrie in jedem Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung mißachte. Gemeint waren bisher große und maßgebende Kreise der deutschen Industrie überlegte Anhänger unserer Wirtschaftspolitik, und wir können deshalb nicht annehmen, daß diese Kreise mit einem solchen die Wirtschaftspolitik des Reiches in Raufsch und Vogen verdammen Urteil einverstanden sein werden, obgleich es durch das Präsidium des Hanfandes und die Interaktion seines Vorstehenden gebotet wird. Der Hanfand läuft Gefahr, mit beratigen Methoden auch das Verrechtigte in seinen Schreitungen zu entfernen. Wenn er den Gewerbestand sammeln und dessen Einfluß im Parlament fördern will, um damit ein Gegengewicht gegen den Bund der Landwirte und dessen Agitation, die auch nicht immer frei von Heberzeugung ist, zu schaffen, so werden ihm das selbst agrarische Kreise nicht verübeln, vorausgesetzt, daß es ihm Ernst damit bleibt, eine gerechte, b. h. allen Erwerbsständen einseitig der Landwirte gerecht werdende Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik zu erziehen. Es heißt aber diesem Ziele entgegenarbeiten, wenn die Elemente der Verzerrung und Zwietracht, die in unserem politischen Leben übergenügt tätig sind, mit den Mitteln vermehrt werden, deren sich der Hanfand jetzt bei seinen Verblümmungen bedient. Das zur tun, sollte nicht sein Ehrgeiz sein und dürfte auch nicht im Sinne freier Gränder liegen.

Bekanntlich ist der Zentralverband deutscher Industrieller körperschaftliches Mitglied des Hanfandes, und sein Vorsteher, Landrat a. D. Wölger, ist im Hanfand Stellvertreter des ersten Vorliegenden, Geheimrat Nieber. Herr Nieber repräsentiert die zu Freiheit und Freiheit hinneigende Großhandelswelt und Banktratte, Herr Wölger das Schmarckereisch und schmarckereische Intermedialkapital der Schmarckereische. Der Gegensatz zwischen den beiden Interessengruppen ist schon bei der Gründungsverammlung im Kreis Schumann zum Ausdruck gekommen, wo die schmarckereische Ausführungen des Herrn Nieber förmlichen Widerspruch fanden. Angewiesen ist der Zentralverband, wie aus den berühmten Juliussturm-Verhandlungen bekannt ist, dazu übergegangen, einen eigenen Wahlfonds zu schaffen, der zur Unterstützung von Konservativen, Freikonserativen und schmarckereischen Reichsnationalen bestimmt ist, während der Wahlfonds des Hanfandes bormehlich den Kampf gegen den konservativen Bund der Landwirte dienen soll (angeblich).

Die Regierung ist nun offenbar der Ansicht, daß es Zeit sei, den Keil in den Hanfand zu treiben und den herrschenden Zweifelspalz bis zur völligen Trennung der beiden streitenden Interessengruppen zu erweitern. Dieser Versuch entspricht völlig der sonstigen Politik des Herrn v. Bethmann Hollweg, die darauf gerichtet ist, zu den Reichstagswahlen einen interparteilichen Wahlblock zu schaffen, der die Regierung gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Der Freiheit wird sollen gelassen, er darf nicht „positiv mitarbeiten“, da sonst die konservativen Löffchen werden können, den Nationalliberalen soll aber der goldene Ring des Schmarckereischer Verbandes durch die Nase gezogen werden, damit sie nach der Sammlung mit der Regierung tanzen. Darum muß das Ziel der Regierungspolitik sein: Trennung des Zentralverbands vom Hanfand und Verkopplung der Nationalliberalen mit dem Zentralverband.

Das Berliner Organ der Schmarckereische, die Post, glaubt auch schon den Versuch im Hanfand für die allernächste Zukunft in Aussicht stellen zu dürfen. Es drückt die Ausführungen der Nordb. Allgem. Zeitung ab, um dazu zu bemerken:

Eine so scharfe Juridikalisierung ist dem Hanfand bisher noch nicht zuteil geworden. Es wird jedenfalls nicht ohne große Wirkung bleiben. Entweder wird in der Zeitung bald ein Wechsel eintreten müssen, oder es bedarf einer Kreise, die der Hanfand nicht entbehren könnte, die aber mit der Auffassung der Nordb. Allgem. Zeitung übereinstimmen, werden austreten. Eine glückliche Hand hat der Hanfand bei seinen Veröffentlichungen nur so oft vermissen lassen.
 Von dieser Zukunftsalternative der Post ist der erste Teil besonders interessant. Würde wirklich der als möglich hingestellte Wechsel in der Zeitung eintreten, so würden die flingenden Spenden, die jetzt unter bombastischem Aufgebot liberaler Redensarten gesammelt werden, zu guterletzt in ausgeprochen reaktionären Sinne Verwendung finden, was objektiv auf einen Mißbrauch anvertrauten Geldes hinauslaufen würde. Der Hanfand ist eine höchst unglückliche Firma geworden; wer sein Geld zur Bekämpfung der liberal-konservativen Reaktion verwenden wollte, darf es nicht zu Nieber u. Ko. tragen!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 17. Oktober 1910.

Wahlreformpläne?

In national-liberalen Kreisen ist das Gerücht verbreitet worden, daß dem Landtag in der nächsten Tagung eine neue Wahlrechtsvorlage unterbreitet werden soll. Diese Vorlage soll angeblich den pluralistischen Charakter des bestehenden Wahlrechts abschaffen und das direkte und geheime Wahlverfahren bringen.

West und Deutsche Tageszeitung treten diesem ohnehin recht unabweislich klingenden Gerücht entgegen, das mehr den Wünschen der National-liberalen als den wirklichen Wünschen des Reichstages entspricht. In der nächsten Tagung des Reichstages gehen nämlich dahin, das Wahlrecht zu lassen wie es ist, und die Wahlrechtsbewegung samt einfaches zu lassen. Das preussische Reformbill wird erst wieder in Bewegung kommen, wenn ihm der Wahlrechtssturm der Maj. in kräftig in die Wege führt. Das Gerücht von der bevorstehenden Einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage ist vermehrt durch einen mittlerweile veröffentlichten Aufruf des Preussischen Verwaltungsamtes zurückzuführen, in dem der Ober-Regierungsrat v. Winterfeldt zu ermitteln versucht, was die nächste Vorlage der Regierung enthalten müßte, wenn sie Aussicht auf Annahme haben sollte. In dieser Vorlesung als großerer Hinweis zu betrachten ist, so lobnt es nicht, darauf einzugehen.

Der Kautscher als Ostvorsorher.

In dem auch sonst äußerst lehrreichen Greifswalder Landtagsprozeß (siehe oben den Artikel: König Landtag) ist die Forderung zur Sprache gekommen, daß in den östlichen Provinzen Preussens das wichtige Amt eines Ostvorsorhers mitunter an Personen der sog. „niederen“ Volksschichten übertragen werden. Der Verweigerer des angebotenen liberalen Ostvorsorheres Bedet, der frühere Bürgermeister Dr. Schmidt, richtete nämlich an den jetzigen Landrat v. Malgahn folgende Frage:

Herr Zeig, weshalb haben Sie Ihren Kautscher nicht mehrere Tage als Vertreter zu Ostvorsorhern vorgeschlagen und auch benannt?

Worauf der Landrat erwiderte: Es ist allerdings vorgelommen, daß ich derartige Personen befragte, aber es handelt sich um Fälle, in denen andere geeignete Personen nicht vorhanden waren.

Zum Verständnis dieser Angelegenheit muß bemerkt werden, daß der sog. Ostvorsorher in den östlichen Provinzen Preussens nicht nur die landwirtschaftlichen Güter sondern politische Verwaltungsaufgaben eines sog. Ostvorsorhers ist, der in vielen Fällen die Stelle eines Landgemeindevorstandes vertritt. Der Ostvorsorher, dessen Stellung auf die alte feudale Ostvorsorherstellung zurückzuführen ist, waltet in seinem Amtsbezirk wie ein kleiner Herrscher und ist sogar berechtigt, über seine „Untertanen“, d. h. sämtliche Einwohner seines Bezirks Geld- und Sakksteuer zu verhängen. Solche kleine Herrscher, die in ihrem Recht die ganze Autorität der schönsten preussischen Staatsorgane verkörpern, gibt es nicht weniger als 1000 und etwa 200 Millionen in preussischer Staatsbürger sind ihnen untertan.

Wenn nun der hochheulende Herr Landrat v. Malgahn, ein Mann, der grundsätzlich Kreisangehörige möglicherseits Bestimmung in seinem Bureau nicht empfängt, derartige Personen, wie Kautscher und Vorarbeiter zur Übernahme des verantwortungsvollen Postens eines Ostvorsorhers für befähigt hält, so übertritt er an „Gleichmacherei“ sogar die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hält nämlich a) als Kautscher und „derartige Personen“ für geeignet, in Staatsämtern gewählt zu werden, aber sie knüpft daran die Bedingung, daß diese Personen a) sozial geliebt und b) daß sie selbst eine charakteristische Menschlichkeit, Gesinnungsethik, umfassende Volkstunne für sich nicht brauchen. Sie will die Herrschaft der Tüchtigen und Weisen ohne Rücksicht der Geburt. Herr v. Malgahn aber ist als Landrat und Junker zum Herrn geboren, ihm ist erlaubt, was ihm gefällt. Er kann seine Kreisuntertanen auch von seinem Kautscher regieren lassen. So wird der Reichstagsrat der Landratsstufe zum Sinnbild des preussischen Rechtsstaats!

Weisse Raben im Polizeistaat.

In Gammeln Weistalen werden in jüngerer Zeit von Oberrichterpersonen Anträge produziert, die dem preussischen Polizeistaat geradezu ins Gesicht schlagen. Auch war es der Oberlandesgerichtspräsident Holzgraben, der in einer Rede äußerte: „Wir schlagen ausblei an!“ Jetzt ist es der Oberrichter Herr v. Gammeln, der dem vorhin erwähnten Antrage formale hat. Im Gammeln-Verfahren-Kollektivum trat ein Staatsanwalt vor, der die Anträge, die „Anträge des Abtreibens von Kartoffelfeuer im Weistale der Stadt“ zu unternehmen gedenkt. Darauf nahm sofort der Oberbürgermeister das Wort und erklärte kurz und bündig, der Magistrat habe keine Lust, alsu viel Polizeiverordnungen zu erlassen. Jede Polizeiverordnung, die nicht unbedingt notwendig wäre, sei von Belieben. Wir greifen schon viel zu viel durch Polizeiverordnungen ins tägliche Leben ein! Man müßte versuchen, auf gültige Weise, durch Verleugung oder sonstwie, auf die Bevölkerung einzuwirken.

Die Stadtvorordneten sollten ihrem Oberhaupt Beifall, im scharfsten Polizeistaat Preußen hielt dieser weisse Rabe aber völlig allein. Und man verzeihe nicht: es handelte sich hier nur um Kartoffelfeuer! In Bezug auf Unterdrückung der Arbeiterbewegung ist das Polizeistat in Gammeln natürlich genau so preussisch wie anderswo.

Der Schumannsüßel gegen Geistesranke!

Nach einer Meinung des Polizeistates verursachte ein geisteskranker Arbeiter im Oden Berichts dadurch einen Unfall, daß er mit einem Frauenhut und einer Frauenhülle bekleidet, über die Straße lief. Auf Wunsch des Schumanns begab er sich in seine Wohnung, hielt sein 13jähriges Kind zum Ansehen hinans und drohte es hinsturzen zu lassen. Darauf wurde er von drei Schülern zur Wade gebracht, feste aber den Weintan auf dem Wege und auf der Wade zu fliehen Widerstand entgegen, daß zwei Weant ihre Säbel gebrauchten. Der Geistesranke wurde, an beiden Händen durch Zangehölzer verfestet, in den Arresthaft eingeliefert, die Weanten tollten durch Wille und Anstufte beharrlich sein. Dieser Vorkall beweist abermals, daß Personen als Schulleute verwendet werden, die zu tiefem Amt untauglich sind. Drei Weant müßten doch bereit so viel Körperkraft und Geisteslichtigkeit aufbringen, um einen lebenden Menschen überwältigen zu können, ohne ihn mit dem Säbel niederzuschlagen. Sie müßten aber auch so viel Geistesgegenwart und Ueberlegungsbeihen, um zu wissen, daß der Anblick blauer Schumannshingen auf Geistesranke nicht beruhigend wirkt. Aber der Säbel ist nun einmal in Preußen das Selbstmittel!

Generalam gegen die rote Flut.

Am äußersten Winkel des Wahlkreises Preussens-Goldberger-Damm, in Probsthain, war im letzten Sonntag die erste sozialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Es war nicht ein kleiner Kreis, sondern ein großer Saal, der zum Versammlungsraum diente. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden Herrn v. Malgahn eröffnet. Er sprach über die Bedeutung der Versammlung und die Aufgabe der Sozialdemokratie. Er erwähnte die Wichtigkeit der allgemeinen Wahlen und die Notwendigkeit, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Die Versammlung wurde durch den Generalam unterbrochen, der die Versammlung auflösen ließ. Die Versammlung wurde aufgelöst, die Teilnehmer wurden verhaftet. Die Versammlung wurde aufgelöst, die Teilnehmer wurden verhaftet. Die Versammlung wurde aufgelöst, die Teilnehmer wurden verhaftet.

Deutsches Reich.

— Ein grauhaftes Gemütsbild. Ein furchtbarer Fall, durch den die herrschende Regierung und Reichstag besonders charakterisiert wird, ereignete sich in Ebing bei Dortmund. Es

war dort eine Kuhkrepierk und auf polizeiliche Anordnung verbracht worden. In der folgenden Nacht ist nun die verdorrte Kuh wieder ausgegraben und verschleppt worden. Polizeiliche Ermittlungen haben ergeben, daß Einwohner der Gemeinde Altendorf die Kuh ausgegraben und das Fleisch unter sich verteilt haben. Der größte Teil des Fleisches war bereits verzehrt. Die preussische Regierung behauptet natürlich immer noch, daß keine Fleischnot und kein Geld existiere.

— Zur Bekämpfung der Schundliteratur beauftragte der Reichstag den bei der Reichsregierung die Aufnahme von Bestimmungen in die Weisungsverordnung, wodurch Schundliteratur, besonders von Kriminalromanen schlechter Art, freigehalten werden sollen. — Wer bestimmt aber, was Schundliteratur ist? Der Schumann oder der Sozialist?

— Aus dem politischen Stumpfe. Die freisinnige Zeitung stellt mit, daß die konservativen in der Wahlkreis Frankfurt-Leubus vor der Wahl in der freisinnigen mit dem Verhältnisse herangebracht sind, gemeinschaftlich gegen die National-liberalen vorzugehen. Dies wurde abgelehnt. Allein die Konservativen wollten unbedingt Gesetze machen, und so haben sie bei der Stichwahl bekanntlich gegen den National-liberalen für die Wahlkreise die Vertretung eines Landtagsmandates verlangt. Diese Verbindung ist schließlich allerdings öffentlich fallen gelassen worden, anscheinend bestanden aber insgemacht doch gewisse Zusicherungen, denn eine gemeinschaftliche Sitzung der National-liberalen und Freisinnigen hat sich mit der Angelegenheit befaßt und beschloßen, den Konservativen kein Landtagsmandat abzutreten. — Von Interesse ist es ebenfalls, zu hören, daß die Konservativen mit dem Freisinn zusammenzugehen wollen, mit demselben Freisinn, den die Axtzeitung nicht scheidet genug machen kann. Geht sich aber befaßt.

— „Ist recht wie Sozialdemokrat!“ Aus Düsseldorf wird gemeldet: Der Unteroffizier Henz von der 5. Kompanie des Infanterieregiments 53 in Mail hatte, weil ihm der Urlaub verweigert worden war, die Weigerung getan: „Jetzt bin ich noch kein Sozialdemokrat, aber ich kann noch ein werden.“ Das Oberkriegsgericht beurteilte den Unteroffizier auf 7 Wochen Gefängnis und zur Degradation. Vielleicht beschleunigt das Urteil den Entwicklungsgang zum Sozialdemokraten!

— Folgen der Monarchie Polizeistat. Infolge der Monarchie Anruhen sind bei dem Magistrat Berlin 102 Schadenersatzforderungen angemeldet worden. Von diesen Forderungen sind 14 teilweise abgewiesen worden, weil sie in dem 2. Amtsgericht nicht als adäquat dem Quantum der Verletzung von Personen gewahrt, keine Verurteilung fanden. Es handelte sich um Ansprüche fahriges Sanstatorien, die behaupteten, wegen der Anruhen ihre leeren Wohnungen schwerer vermieten zu können. In den anderen Sachen sind die zur Feststellung des Tatbestandes erforderlichen Ermittlungen angeordnet worden.

— Demokratische Wahlvorstellungen. Vorstand und Ausschuß der „Demokratischen Vereinigung“ haben in einer dieser Tage stattgefunden Sitzung beschloßen, bei den kommenden Reichstagswahlen zunächst in folgenden vier Kreisen eigene Kandidaten aufzustellen: Berlin 1, Marburg, Dessau und 3. Kreis. Marburg ist zurzeit am wenigsten besetzt, während die Reichstagswahlen in diesen vier Kreisen die früheren Gesinnungsgenossen auf den Fersen sind.

Oesterreich-Ungarn.

Der Bauernalltag in Bosnien. Die durch die skandalöse Ausbeutung durch die Grundbesitzer und andere ihre schwer bedrückten Völkern zur Verzweiflung getriebenen bosnischen Bauern gehen jetzt offen gegen ihre Weisungen vor. So meldet die Wiener Reichspost aus Sarajewo: Die Bewegung unter den bosnischen Bauern nimmt einen gefährlichen Charakter an. Bis jetzt begnügten sie sich mit Demonstrationen, wo sie in Tausen von mehreren Tausenden von Ort zu Ort zogen und die Bewohner aufordneten, den Bachstain an die mohammedanischen Gutsbesitzer zu verweigern. Nun

Kraft.

Nachdr. verb. Roman von Fritz Rautner.

Sechstes Kapitel.

Am nächsten Tag machte sich van Zentius von den übrigen Berufsangehörigen zum Scheitern, um sich vor allem die Verteidigung des Polen zu sichern. Er begab sich ins Kriminalgericht und erfuhr hier bald, daß die Untersuchungen im Falle von Zentius mit dem Bekannten zusammengeführt wurde, dem Landrichter Doktor Hieron. Der war ein tüchtiger Jurist, eifrig in seiner Pflicht, aber als etwas eigenmächtig bekannt. Van Zentius hatte mit ihm ein halbes Jahr lang am selben Tisch zu Mittag gegessen. Im Gegensatz, lieber Herr Zentius, der dann werden Sie sich mit einander getrennt, aus diesem Gegenstand aber hatte sich persönlich ein gutes Verhältnis entwickelt. Van Zentius ließ sich bei ihm zu früher Stunde melden und wurde herzlich empfangen.

„Van Zentius! Sie waren gestern bei mir? Wollen Sie revidieren?“ Sind Sie endlich bereit, die Entscheidung zu erwidern?“

Doktor Hieron knüpfte ihm Scherz und um sein gutes Gedächtnis zu beweisen, dort an, wo ihr Gespräch vor fast zwei Jahren bei ihrer letzten Unterhaltung unterbrochen worden war. „Im Gegensatz, lieber Herr Zentius, der dann werden Sie sich mit einander getrennt, aus diesem Gegenstand aber hatte sich persönlich ein gutes Verhältnis entwickelt. Van Zentius ließ sich bei ihm zu früher Stunde melden und wurde herzlich empfangen.“

„Das ist so korrekt, daß es fast inoffiziell ist“, rief Dr. Hieron lachend. „Nur Herren wollen den Kapitalverbrecher langen wollen, wenn sie sich zu einem Kapitalverbrecher langen wollen.“

„Ich kenne die Technik wahrhaftig nicht. Ich habe mich noch nie um eine Verteidigung begeben.“

„Weiß man, Herr Dr. Hieron. Aber jetzt sind Sie auf dem Scheitern, was? Sind Sie verlobt? Mandat für die Scheidung, nach Herr Zentius? Der dann werden Sie sich mit einander getrennt, aus diesem Gegenstand aber hatte sich persönlich ein gutes Verhältnis entwickelt. Van Zentius ließ sich bei ihm zu früher Stunde melden und wurde herzlich empfangen.“

„Van Zentius! Sie waren gestern bei mir? Wollen Sie revidieren?“ Sind Sie endlich bereit, die Entscheidung zu erwidern?“

Der Herr wird heute oder morgen ein Gehändnis ablegen und dann. Sie wissen ja, dann bleiben Ihnen nur noch die berühmten milderen Umstände übrig.“

„Ich möchte den Mann dennoch verteidigen und bitte Sie...“ „Hut. Es freut mich nicht über obers. Der Jüngling hat jetzt fast nur noch einen einzigen, irrenden Arbeiter und sozialistische Medaillenträger. Es ist mir wirklich lieb, daß Sie für den Warden übergeben. Nach eins. Ich werde Ihnen für die nächsten acht Tage nicht gestatten können, mit dem Angeklagten allein zu sprechen.“

„Wie Sie beschließen, lieber Herr Hieron.“

„Nun dann können Sie die Sache gleich befragen. Brovission verlange ich nicht. Ja werde einen unserer höheren Geberusse rufen. Der wird die diplomatische Verbindung zwischen Ihnen und Zwodtsch leiten. Und wenn Ihnen niemand auszuwählen ist, so sind Sie in fünf Minuten am Ziel. So ich Sie nachher noch?“

„Und Dr. Hieron kinnelte. „Wenn ich nicht wäre?“ „Sind Sie kein Krot?“ Ein Diener trat herein und der Untersuchungsrichter gab ihm den Auftrag, den Herrn Rechtsanwalt zu dem und dem Gesinnungsbekannt zu führen.“

„Auf Wiedersehen alle!“

Zurück einen langen hallenden Korridor gelangte van Zentius in ein kleines Zimmer, in dem es noch Holen und alten Leder lag. Der Herr Zentius folgte dem Beamten, der ihn in den Angeklagten Zwodtsch aufzufinden und ihn zu veranlassen, daß er den berühmten Verteidiger van Zentius wählte.

Nach wenigen Minuten fehlte er zurück. Alles ist in Ordnung. Wenn der Herr Rechtsanwalt wünscht... Aber allein dürfte er den Polen nicht sprechen.

Van Zentius folgte dem Beamten. Der blieb endlich vor einer der vielen Türen stehen und ließ den Rechtsanwalt durch ein Guckloch hindurchsehen. In der kleinen, laubigen Zelle sah am Tischchen ein untererster Mann von höchstens fünfundsiebenzig Jahren, mit einem freundlichen aber brutalen Gesicht. Er hatte einen starken schiefen Schnurbart, übigenes in höheres Bartstoppeln, daß man kaum hätte sagen können, ob er unrauh war, oder einen ganz rutenigen Vollbart trug. Er hatte über ein bides Vordrehen ein rotweines Halsstuch geschlungen und eine ziemlich laubere dunkle Jacke angezogen. Die angelegenen Beinkleider hatten in hohen schmalen Vorderseiten.

Der Beamte trat mit dem Rechtsanwalt ein. Der Pole ehob sich höflich und wurde ganz verlesen bei seinem Eintritte, unfaßlich und unbefangenen anzusehen.

„Guten Abend, das ist der Herr, der die Modemische an Ihnen verurteilt wird. Waschen Sie ihn und Sie werden die Sache gleich alles. Schachfrist, es wird Ihnen gut tun.“ Der Pole knietete von einem zum andern, und sagte mit harter Nasenstache aber sonst in gutem Deutsch:

„Ich bin nicht gewesen, gnädiger Herr. Wirklich nicht. Es wird Ihnen herauskommen.“

„Sagen Sie vernünftig, Zwodtsch, sagen Sie doch die Wahrheit. Ich werde Sie niemand helfen. Haben Sie's allein getan, oder haben Sie nur mitgeholfen?“

„Ich bin nicht gewesen, gnädiger Herr. Ich schäme es Ihnen. Jesus, Maria und Joseph, ich bin doch kein Warden. Nicht. Ich bin nicht gewesen und habe mir nicht helfen lassen, und habe nicht geholfen.“

„Zwodtsch, leiten Sie nicht so verächtlich. Sie wollen diese Uhr wirklich zufällig gefunden haben?“

„Gefunden“, sagte der Pole und fügte wie etwas Einzelnes hinzu: „Neben der Straße von Friedenau nach Wilmesdorf in der Nacht vom Sonntag auf Montag nach Mitternacht.“

Van Zentius unterdrückte den Beamtens, der das Gespräch noch weiter führen wollte.

„Darf ich vielleicht bitten...“

„Guten Sie, Zwodtsch. Sie haben also mehr Glück als Verstand. Hier ist der Herr Rechtsanwalt van Zentius und wenn Sie ihm was zu sagen haben, so tun Sie sich keinen Anstand an.“

Der Pole blinzelte ihm nach dem Beamten, dann prüfte er einige Zeit den Rechtsanwalt mit seinen feinen Augen und sagte endlich:

„Als wie so ein Advokat? Ruck ich so einen haben?“

„Es wäre gut für Sie.“

„Aber warum will der gnädige Herr mich haben? Ich bin ein reicher Mann oder ein Graf, der sich Advokaten kann zahlen.“

„Ich verteidige Sie gern unentgeltlich.“

„Das ist unmöglich, nicht wahr?“ fragte Zwodtsch den Beamten und sagte hinzu:

„Gnädiger Herr, man hört so viel. Können Sie dem Herrn Advokaten nicht sagen, daß er mir das vor Ihnen aufschreibt, das mit unmöglich?“

„Sie beiden Herren lachten, und der Beamte versicherte dem Angeklagten, sein mündliches Versprechen vor Gericht ist so viel wert wie ein schriftliches.“

„Ja denn ist gut. Wenn Sie also wollen, so können Sie mich verteidigen. Und das sage ich Ihnen, Herr Advokat. Sie werden Ihre mit mir einlegen. Sie werden noch froh sein. Ich muß fortgehen.“

Van Zentius sah dem Polen sein Wort, daß er an seine Unschuld glaube; er ließ sich noch einige Angaben über die Wohnung und die Freunde Zwodtschs machen. Willstest sei ein Alibibeweis zu führen.

„Nun, ich will immer das beste“, sagte der Pole, trank sich aber dabei den Kopf wie ein sorgenvoller Affe. „Weil ich nämlich die Nacht fort war.“

„Als Wohnung befindet er eine der Erhöblichen hinter Salezsee, in denen die politischen Erdarbeiter haften.“

(Fortsetzung folgt.)

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 244

Halle a. S., Dienstag den 18. Oktober 1910

21. Jahrg.

Generallstreik der französischen Eisenbahner.

Es ist schwer, aus den vorliegenden, sich einander widersprechenden Meldungen ein klares Bild über den Stand des Streiks zu gewinnen. Die schon am Sonnabend vorbereiteten Nachrichten, daß der Streik im Ablauf begriffen und sein Ende nur noch eine Frage von Tagen sei, scheinen leider doch durch die Tatsachen bestätigt worden zu sein. War ein solcher Ausgang aus unsicher vorauszu sehen, so kommt er doch durch seine Möglichkeit überlassen. Dem Roblinabandebefehl der Regierung muß demnach in weit größerer Umlaufung Folge geleistet worden sein, als man anfänglich glauben konnte, und auch sonst muß die Streikteilnahme nicht in dem erwarteten Maße eingetreten sein. An Anwendung von Gewaltmitteln zur Unterdrückung der durchaus gelassenen Bewegung der Eisenbahner hat es ja die Regierung des Ersatzpräsidenten ebenfalls nicht fehlen lassen. Die Verhaftung der Streikführer A. W. war ein zentraler Gewaltakt, für den jede gesetzliche Handhabe fehlt. Neuerdings will man ein „anarchistisches“ Komplott entdeckt haben, einen „Plan“, nach dem sämtliche Eisenbahnbrücken Frankreichs in die Luft gesprengt, Telegraphen und Telefonleitungen umgestürzt werden sollten, und was dergleichen Schauergerüchten noch mehr sind. Diese Zaratennachrichten werden natürlich zu dem ganz bestimmten Zwecke in die Welt gesetzt, um die Streikenden in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und ihre Sache zu schwächen. In diesem löblichen Tun sind die französische Regierung und die bürgerliche Presse selbstverständlich ein Herz und eine Seele.

Aus Paris wird uns jedoch noch geschrieben: Trotz aller unerhörten Gewaltmaßnahmen der Regierung, trotz der Schwindeln der bürgerlichen Presse, trotz der überhasteten Organisation, dankt der Generallstreik der Eisenbahner fort und nimmt täglich an Ausdehnung zu. Zurzeit sind alle Eisenbahngesellschaften von ihm ergriffen, und wenn der Streik auch nicht die gefohlene Ausdehnung genommen hat, so sind die festsitzenden Arbeitskräfte doch so schwach, daß die Züge nur unregelmäßig und nur in geringer Ausdehnung verkehren. Wären die Eisenbahner ihrer Taktik, sich nicht provozieren zu lassen, bis zuletzt treu geblieben, dann würde der Gewaltakt der Regierung, die Eisenbahner zu militarisieren, ein Schlag ins Wasser geblieben sein. Infolge der Beschlässe des letzten Kongresses des Verbandes der Eisenbahner, haben die Mitglieder jeder Eisenbahngesellschaft das autonome Streikrecht. Infolgedessen hat der Streikbeschluss auf der D. S. und der O. S. Mittelmeerbahn erst gelten zur Ausführung. Die Regierung hatte also Zeit gehabt, die Eisenbahner noch vorher zu einer „Waffenübung“ einzuberufen. Den Anweisungen wurden als Zeichen ihrer Militarisierung Kränzen gegeben, worauf ihr „militärischer“ Rang verdeutlicht ist. Sie unterließen also der Militärgerichtsbarkeit. Die Furcht vor den etwaigen Folgen hat dadurch viele Eisenbahner abgehalten, in den Streik zu treten. Freilich ist damit noch nicht gesagt, daß die Gewalt der Regierung den Streik besiegen wird. Es wird davon abhängen, ob die Eisenbahner trotz der Schwindelpresse, trotz der Enterbung ihrer Führer, handhalten, oder schließlich sich ins Wackeln jagen lassen.

Die Regierung hat sich durch die Militarisierung der Eisenbahner in eine ganz unholbare Situation gedrückt. Sie kann unmöglich 500 000 oder 1 000 000 Eisenbahner ins Gefängnis stecken und sie kann auch nicht die Vermittlungen zwischen den Eisenbahngesellschaften und den zu Soldaten gerechneten Eisenbahnern, die der Einberufung keine Folge geleistet haben oder gegenwärtig im Gefängnis sitzen, übernehmen. Halten aber die Eisenbahner noch einige Tage aus, dann muß die Regierung mit ihnen unterhandeln. Herr Briand erklärt, daß der Eisenbahnerstreik ein revolutionäres Mittel gegen das Vaterland ist. Derselbe Herr Briand, der heute die Führer der Eisenbahner als moralische Komploten ins Untersuchungsgefängnis stecken und mit Buchstaben, ja sogar mit der Todesstrafe bedrohen läßt, der scheinbar nur neu jähren in der Barmherzigkeit. Der Krieg würde nur möglich sein, weil ich die Schlappheit der Arbeiter zuließe. Aber an dem Tage, wo sie auf der Kriegsklärung mit der Erklärung des Generallstreiks antworten werden, wird es keinen Despoten, keine Regierung geben, fähig, das Verbrechen, Krieg zu führen, zu wagen.“ Aber besser als die Demonstration der Worte überzeugt die Demonstration der Taten. Die Militarisierung der Eisenbahner im angeblichen Interesse des Vaterlandes zur ungehinderten Ausbreitung durch die Postämter und Posten, daß heute Kapital und Vaterland noch Namen für dasselbe Ding sind.

Paris ist gegenwärtig in ein großes Meerlager verwandelt. Man hat aus der Provinz Soldaten kommen lassen, um die „sohnenläufigen“ Eisenbahner zu erlegen oder die Arbeitswilligen zu beschützen. Auf den Bahnhöfen, in den Elektricitätswerken, in den Schulen, überall stehen Soldaten. Und es gibt auch viel zu tun. Den Eisenbahnern haben sich die Pariser Bauarbeiter, die Elektricitätsarbeiter und die Straßenbahner angeschlossen. Da muß natürlich Militär und Polizei her.

Alle Tage verbinden Regierung und Eisenbahngesellschaften, daß der Streik im Ablauf sei. Heute teilen sie jedoch in ihrem Wahlschritt mit, daß die in Paris verbleibenden Eisenbahner vom 1. Januar 1911 einen Militärdienst von 3 Jahren bekommen werden, daß noch weitere Verbesserungen beschlossen worden sind und daß die Eisenbahndirektionen bereit wären, mit den Delegierten der Eisenbahner zu verhandeln.

Also doch! So fertig ist der Streik doch noch nicht. In Wirklichkeit ist das nur ein Notausgang für die Regierung, die natürlich unmöglich mit den Delegierten von „Defektoren“ verhandeln kann. Vorläufig ist diese Nachricht skeptisch aufzunehmen.

Wir verzeichnen noch die folgenden Meldungen:

Die Haltung der sozialistischen Abgeordneten. Die sozialistischen Abgeordneten verammelten sich, nach einer Meldung der Woffischen Zeitung, am Donnerstag unter dem Vorhitz Westfers, etwa 60 an der Zahl, in der Kammer. Die Gruppe beschloß, die Forderungen der ausländischen Eisenbahner mit aller Kraft zu unterstützen, jeden Tag Sitzung zu halten,

einen Kammerauschuss einzusetzen, der täglich von 2-6 Uhr im Palais Bourbon tagt und von 9 Uhr abends bis Mitternacht in der Schriftleitung der Humanität anzutreffend sein wird. Die Gruppe will die sofortige Einberufung der Kammer verlangen und nahm einen Aufruf an das Land an, dessen wesentliche Stellen lauten:

Die Regierung wüßte gegen einen gefälligen Ausdruck, den sie selbst unvermeidlich gemacht hat. Sie bedient sich der Verleumdung, indem sie dem Lande weiszusagen sucht, daß der Streik nicht berechtigt ist. Er hat im Gegenteil streng berufliche Interessen zum Gegenstand. Er will die rühmliche Kraft des Ruhegehaltsgesetzes, den gewöhnlichen Ruhestand in der Woche und Ruhe, die den Arbeitern zu leben ermöglichen, erlangen. Nicht leichter Sagens haben die Eisenbahner diesen Beschluß gefaßt und sie beauern, daß sie sich nicht anders verteidigen können, als indem sie der Bevölkerung Lage der Verfassung und Verleumdung auferlegen. Sie sind aber zum Kampf durch die Selbstsucht der Wähler, durch die Schwäche der öffentlichen Meinung, durch die Verschleppungsmethoden der den Kapitalinteressen ergebenen Regierung gedrängt worden. Die Verantwortlichkeit für die Ereignisse trifft nicht die rechtlichen und aufrichtigen Arbeiter, die hellmütig ihren täglich schwerer werdenden Dienst getan haben, sondern die blinden und stummen Regierenden. Von ihnen hat das Land Weisenschaft zu fordern. Das Gefühl ihrer Fehler und ihrer Verantwortlichkeit vertritt sie bis zum Teilium und bis zum Verbrechen. Sie vergewaltigen die ersten und geringfügigen Freiheiten, die die Arbeiterklasse erobert hat. Was zu welchem Grade des Misserfolgs und der Verdrüsslichkeit die Regierung gelangt ist, das zeigt der jüngste Erlaß der Regierung. Mit einem empörenden Mißbrauch der Gewalt, einer ungeheuerlichen Ansetzung und geführligen Erweiterung des Defrets über die militärische Organisation der Eisenbahner wendet das Ministerium die für die Landesverteidigung berechneten Bestimmungen auf die Unterdrückung des Auslands an. Es wandelt die Arbeiter ungefährlich in Soldaten um, um sie als öffentliche Sklaven den an die Stelle des Vaterlands gesetzten Eisenbahngesellschaften auszuliefern und diese Wählerregeln fin verkehrt und angewendet von Wägern, die früher den Arbeitern die Anwendung revolutionärer Mittel gelehrt haben und die wenn das System der moralischen Mißbrauch einen Sinn hätte, jetzt schon selbst von ihren Politikern feingekommen und von ihren Richtern beurteilt sein müßten.

Die Gruppe beschloß auch, die Einziehung der Eisenbahner unter die Fäden vor dem Staatsrat als Mißbrauch der Regierungsgewalt anzusehen.

Die Gewaltmittel der Regierung. Paris, 16. Oktober. Ministerpräsident Briand empfing gestern die Deputierten des Seinedepartements und erklärte, daß er das Streikkomitee nicht anerkenne und nur den hierzu berufenen Vertretern des Eisenbahnerpersonals eine Unterredung gewähren werde. Gerichtlich verurteilt, die Regierung habe die Möglichkeit im Auge gefaßt, die Mißbraucher und Anführer des Auslands vor den Staatsgerichtshof zu stellen und sie des Komplotts gegen die Sicherheit des Staats anzuklagen.

Paris, 15. Oktober. Pariser Abgeordnete haben in einer Besprechung beschlossen, dem Kabinettschef volle Bewegungsfreiheit zu lassen, um den Konflikt mit den Eisenbahnern möglichst bald beizulegen. Dem Kabinettschef ging ein sozialistischer Vorschlag betreffend die Einberufung der Kammer zu, doch wurde dieser Vorschlag abgelehnt.

Paris, 15. Oktober. Im Ministerrat erklärte Minister Millerand, die zum Militärdienst einberufenen Eisenbahner müßten dem Befehl bei Vermeidung von Gefängnisstrafe unverzüglich Folge leisten. Die Rekrutierungsbüreaus hätten heute die Befehlsbesche für die Eisenbahner fertig.

Paris, 16. Oktober. In Versailles sind gestern 6 Pariser wegen Verleumdung von Polizeigenossen verhaftet worden. Drei Pariser, welche vorgeladen verhaftet wurden, sind von den Gerichten einer zu vier, die zwei anderen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In Paris wurden ebenfalls zwei Ausländer wegen Verleumdung von Arbeitswilligen verhaftet.

Paris, 16. Oktober. Ein Spezialkommissar der Abteilung für Anarchisten ist heute nach einem 12 Uhr, begleitet von 20 Beamten in ein Haus in der Rue de Bretagne eingebrochen, um mehrere sozialistische Gruppen ihren Sitz hatten. Eine bestimmte Anzahl von Personen wurden in dem Hause vorgefunden; 15 derselben wurden verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich Deutsche, Italiener und Franzosen. Sie werden wegen unbedenklichen Tragens von Waffen (?) vor das Gericht gestellt werden.

Aus ein „Erfolg“ der Briandischen Politik.

Dem Vorwärts wird aus Paris telegraphiert: Eine bemerkenswerte und erfreuliche Wirkung hat der Streik bereits erzielt: die Einigung der Gewerkschaftsbewegung mit der Parteibewegung ist angebahnt. Obgleich die Mehrheit der Eisenbahner sich zum revolutionären Sozialismus bekennen, wirkt das Streikkomitee mit den sozialistischen Deputierten zusammen. An der gestrigen von 8000 Personen besuchten Versammlung der Seinedepartement, der Riailant präsierte und in der Jaurès sprach, erklärte der Delegierte des Streikkomitees, Commun, die Eisenbahner würden dessen eingedenk bleiben, daß die sozialistische Partei ihre Pflicht als politische Partei des Proletariats voll erfüllen. Vereingelte anarchistische Störenfriede wurden rasch zum Schweigen gebracht. Die Versammlung folgte die Parole, sich nicht provozieren zu lassen. Die Regierung hatte ein unangeheures Angebot an Polizei und Militär unter dem Befehl eines Generals bereitgestellt.

Seute ist der Streik der Bauarbeiter allgemein geworden. Die sozialistischen Deputierten protestierten beim Kammerpräsidenten dagegen, daß den Delegierten der Streik-

ten den der Einlaß zur Kammer betweigert wird, obgleich das Reglement allen Bürgern den Zutritt ins Parlament verbürgt. Die sozialistische Fraktion wird deswegen die Regierung interpellieren.

Ein Jahr Schnapsboykott.

Es ist ein Jahr her, daß der sozialdemokratische Parteitag zu Leipzig auf den Dresdener Antrag hin beschloß, dem Schnaps den Krieg zu erklären. Die von der agrarisch-reaktionären Mehrheit des Reichstages beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bedroht, einen großen Teil der durch die wohlfürnige Nahrungspolitik verursachten Ausgaben des Reiches den Schultern der Vermitteln aufzulegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerehin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweinrentner ein jährlicher Ertragsposten von 50 Millionen Mark zugewiesen werden. Um dieser verwerflichen Mißhandlung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweinenguss verursachten und gefördernden forderlichen und moralischen Elend weiser Volksschichten entgegenzutreten, riefte der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweinenguss zu vermeiden. Die Parteiorganisationen und die Parteipresse werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“ So lautete der Antrag, der auf dem Parteitag unter brausen dem Beifall und jubelndem Sangesfesten im Saal und auf der Galerie einstimmig angenommen wurde.

Es ist nun Zeit, einmal Nachprüfung zu halten, wie der Beschluß gemeint hat, inwiefern er wirksam geworden ist. Die Ziffern der Produktion, des Verbrauchs und der Lagerbestände zeigen, daß der Parteitag nicht umsonst gerufen hat. Nach den jüngsten Ziffern, die überhaupt vorliegen — Monat August — ergibt sich das folgende Bild:

| | in Hektolitern | 1910 | + oder - als 1909 |
|-------------------------------|----------------|----------|-------------------|
| Erzeugung | 48 740 | 40 422 | - 17,8 Proz. |
| Einverbraucht | 215 005 | 146 277 | - 31,9 „ |
| Gewerblicher Verbrauch 85 353 | 134 029 | + 66,9 „ | |

So sieht das Bild im August aus. Es ist ein Monat geringer Produktion, der Verbrauch geht aus den Lagerbeständen ab. Der Branntweinmonatengewinn zeigt für den Monat, in dem die Boverfassung über nur noch ein geringes Maße zur Geltung kam, einen Rückgang gegenüber derselben Zeit des Vorjahres, die zum 3 Prozent ausmacht!

Für die ganze Zeit von 1. Oktober bis zum letzten August, also in elf Monaten 1909-10 ergibt sich das folgende Bild:

| | in Hektolitern | 1910 | + od. - als 1909/09 |
|----------------------------------|----------------|-----------|---------------------|
| Erzeugung | 4 168 112 | 3 545 408 | - 14,9 Proz. |
| Einverbraucht | 2 200 618 | 1 636 474 | - 26,8 „ |
| Gewerblicher Verbrauch 1 425 847 | 1 726 100 | + 21,7 „ | |

Der Branntweinmonatverbrauch ist demnach in elf Monaten um 664 146 Hektoliter oder 28,8 Prozent zurückgegangen! Aber nicht nur der Branntwein zeigt jetzt geringere Ziffern, der Schnapsboykott hat auch die Alkoholproduktion selbst um 625 064 Hektoliter zurückgehen lassen. Das, was den Schnapsunternehmern noch die letzte Rettung war, ist der stark gestiegene Verbrauch an Alkohol für gewerbliche Zwecke. Hier müssen die Arbeiter noch gründlich aufpassen, denn jetzt weisen schon Befanntmachungen der Behörden darauf hin, daß die starke Erzeugung an vergälltem Alkohol mit darauf zurückzuführen ist, daß ihn gewissenlose Produktionsfabriken zu besonders scharfen und bitteren Schäften verwenden. Aber trotz dieser Einschränkung bleibt bestehen, daß der Ruf des Schnapsboykottes nicht ungehört verhallt ist. Die Einnahmen aus den Schnapssteuern, die insgesamt vom 1. April bis Ende Juli 1909 49,1 Millionen Mark betragen, sind für dieselbe Zeit 1910 auf 42,3 Millionen Mark gesunken.

Arbeiter, denkt an den Schnapsboykott, damit seine Realisierung entscheidend für die deutschen Schnapsunter und ihre amtliche Steuerfabrikantin, die deutsche Regierung, werden!

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 17. Oktober 1910.

Generalversammlung des Sozialdemokr. Vereins.

Um die der Generalversammlung vorbestehenden Arbeiten des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis zu erledigen, was am 4. September infolge der politischen Lage nicht möglich war, hatte der Vorstand zu gestern früh eine Generalversammlung unter freiem Himmel einberufen, die bei starker Beteiligung den denkbar besten Verlauf nahm. Unter freiem Himmel lagte diese Versammlung mit der Einschränkung allerdings, daß sich über ihr das Vitterbild des herberlich gefährlichen Waldes hobte. Die tiefe alte Erde bot gegen ein Verfallungsstol, wie es gleichmäßiger, lustiger und schöner nicht gedacht werden kann. Rodding der Morgentau an Gräsern und an Sträuchern, als von allen Seiten die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, der im politisch-technischen Sinne bekanntlich kein Verein ist, herbezogen, um wieder einmal für ein Geschäftsjahr dieses Vereins die nötige Grundlage zu schaffen. Und es lagte sich gar fein inmitten der farbenfrohen Herbstpracht, nachdem die Frühling nachdrücklich ringelnde Pläher war. Doch auf eines Signals knappe thronte das Versammlungsbüreau und ringsherum in mancherlei Weise die Gewässer, die auf die bestimmte geräuschlose Weise eingeladen worden waren. Etwas abseits an den Zugängen zum Versammlungsplatz stand die Schuttwehr gegen die Defektlichkeit, die jeden Anknüpfung nach Nam' und Art befragte.

Was Wunder, daß die ernste Arbeit der Tagung im Grünen von latroffem Mute und frischem Schwunge besetzt war. Wenn Morgenhunde Gold im Munde hat, dann hier geht. Die Parteigenossen hatten zu einer Zeit die Federn verlassen, zu welcher sich noch manches ordnungshütende Geben darinnen rälte und dehnte, nichtabnehmend, daß danken der „Ankunft“ an feinen unbedenklichen Werke schaffte. In ungeschätzlichen Sinne des Wortes waren diesmal die Geisler früher aufgefunden als ihre guten Bekannten mit dem durchdringenden Bild. Und merkwürdig: obwohl wir Frauen nun schon so sehr an die Anwesenheit irgend einer Autorität bei all unseren Verrichtungen

Empfehle ganz besonders frisch eingetoffene Mosterei-Butter 1/2 Pfd. 62 Pf. 5% Rabatt. Albert Knäusel.

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
Neuer unübertroffener Spielplan.
Tot kann man sich lachen
jetzt im
Walhalla-Theater.
So ist überall das Tagesgespräch!
Schlager auf Schlager!

Mittwoch nachm. 4 Uhr: **Chungus-Vorstellung**,
ausserdem 6 Colberges usw. und prächtige Kinobilder.

Gewerkschaftskartell Delitzsch u. Umgegend.

Mittwoch den 19. Oktober abends 8 1/2 Uhr im „Lindenhof“:
**Öffentliche
Gewerkschaftsversammlung**
mit folgender Tagesordnung:
Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie
im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften.
Referent: Genosse Unentisch, Magdeburg.
Es ist Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Genossen und
Genossinnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Bockwitz u. Umgegend.

Donntag d. 23. Oktober nachm. 1/2 Uhr im Hotel Herrmann
öffentl. Volksversammlung.
Tagesordnung: Die Verhältnisse von Wänden, Koppen-
hagen, Gamburg und Wagsburg über die Genossenschaftsfrage.
Referent: A. v. Elm, Gamburg.
Einem recht zahlreichen Besuch der männlichen sowie weiblichen
Bevölkerung bei dieser so wichtigen Tagesordnung nicht entgegen.
Der Einberufer.

Arbeiter-Gesangverein Ammendorf und Umgegend.

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes.
Unsere Singestunde
findet regelmäßig jeden Donnerstag, abends 9 Uhr,
im **Bahnhofs-Restaurant** statt.
Der Vorstand. H. M. Rauf Schmidt.

„Bürgergarten“ in Bitterfeld.

Mittwoch den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Achtung! Die Waffen nieder! Achtung!
Schauspiel nach dem Roman von B. v. Suttner.
Friedens-Nobelpreis. Erstklass. Ensemble.
Vorverkauf im Konium: 2. Platz 40 Pf., Galerie 30 Pf.

Die deutsche Gewerkschafts- Bewegung

von
Karl Legien.
Zweite, umgearbeitete Auflage. Preis 25 Pf.
Zu beziehen durch alle Buchhändler und die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Barz 42/43.

Schreiben Sie dieser Frau Wenn Sie einem Manne das Trinken abgewöhnen wollen.

Sie tat dies erfolgreich bei ihrem Manne, Bruder und viele ihrer
Nachbarn und nun will sie Ihnen in freimütiger Weise von dieser
einfachen Methode erzählen, die sie mit so gutem Erfolge anwandte.
Diese Methode kann an den
Trinker unbemerkt angewandt
werden und Ihre Privat-
angelegenheiten bleiben vor
der Öffentlichkeit bewahrt.
Frau Anderson ist bemüht
andern zu helfen und deshalb
raten wir ernstlich jedem
unserer werthen Leser bei einem
Wein- oder Branntwein-
trinker, der trinkt, ihr noch
heute zu schreiben. Wenn
Sie ihr schreiben, wird Sie
Ihnen erzählen, wie Sie
ihren Mann von der Trunk-
sucht befreite.
Sie verlangt nichts für diese
Hilfe und es ist darum kein
Grund vorhanden, warum
Sie nicht sofort an sie schreiben
sollten. Natürlich erportet
sie, daß Sie ein persönliches
Interesse daran haben, jemand
von der Trunksucht befreit zu
sehen und nicht etwa aus bloßer
Neugierde anfragen.
Schicken Sie Ihren Brief
vertrauensvoll an ihre Adresse:
Frau Margaret Anderson, 21, Linden Str., Hillburn, N. Y., Amerika
oder um es noch leichter für Sie zu machen, schreiben Sie deutlich
ihren Namen und volle Adresse auf den unten beigefügten Coupon
und senden Sie ihr diesen.
N. B. Das Briefporto nach Amerika ist 10 Pfennige.



Frau Margaret Anderson,
die ihren Mann von der Trunksucht
befreite.
Mrs. Margaret Anderson,
21 Linden Straße, Hillburn, New York, Amerika.
Bitte schreiben Sie mir, wie Sie Ihrem Manne das Trinken
abgewöhnen, da ich mich persönlich für jemand, der trinkt,
interessiere.
(Bitte schreiben Sie sehr deutlich)

Name _____
Wohnort _____
Straße und Hausnummer _____
Postamt _____
Provinz _____

Handels-Hilfsarbeiter!

Dienstag den 18. Oktober, abends 9 Uhr,
im „Englischen Hof“:
Öffentl. Versammlung
wichtige Tages-Ordnung für jeden
Hausdiener, Markthelfer, Packer, Lager-
arbeiter, Geschäftskutscher u. dergl.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein, Distrikt Leimbach.

Mittwoch den 19. Oktober 1910, abends 7 Uhr, bei Weis:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl einer Zeitungs-
kommission. 3. Wahl eines Beiratsleiters.
Zahlreichem Erscheinen nicht entgegen
Die Ortsverwaltung.
Morgens u. jeden Dienstag
Schlachtfest.
Gr. Goltzstr. 39. Mansfeldstraße 39.

Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Rath H. Richards.
— Fernruf 1181. —
Dienstag 18. Oktober 1910:
38. Vorstellung i. Ab. 2. Viertel.
Novill! **Sum 7. Nr.** Novill!
Die geschiedene Frau.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Stofföffnung 7 Uhr.
Präf. 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.

Die geschiedene Frau.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Stofföffnung 7 Uhr.
Präf. 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.

Die Afrikanerin

Größe Oper in 5 Akten
von G. Meyerbeer.

Bettfedern

u. Daunen a Wd. von 75 S.
1.00 M., 1.50 M., 2.00 M. usw.
empfehlen bei streng reeller
Beurteilung
Albert Hammer,
Geisstr. 22, Tel. 2673, M. Sp. R.

Öffentlicher Vortrag:

Zweck u. Ziel der studentischen Unterrichtskurse.
Mittwoch den 19. Oktober abends 8 1/2 Uhr
in den Thaliasalon.
Eintritt frei. Jedermann ist eingeladen.

Hallo!

Beachten Sie bitte die in dieser Woche in dieser Zeitung
von mir erscheinenden Annoncen. Dieselben
bringen jedem großen Nutzen.
Eine Probe führt zur dauernden Kundenschaft bei
A. Weiffenbach, Alter Markt 1.
Das kleine billige Kaufhaus für
Wäsche, Tricotagen, Schürzen, Herrnkartell, Herrenwaren und sämt-
liche Artikel der Damenkleiderei.
5% Rabatt als Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Haut-Bleichercreme

„Chloro“ bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wir-
ksamstes erprobtes Mittel gegen ungleiche Hautfarbe, Sommers-
proben, Pickelchen, gelbe Flecke, Hautausschläge. Mit ausf. Anweil.
1 Btl. bei einem von 150 Btl. konnte man verlangen 4 Pf. „Chloro“ 11
Laboratorium „Deo“, Dresden-N. 1
Devotio: Löwen, Strich, Schenk, Söllner und Engel-Appa-
rath. Drogerien: W. Hofer, Geisstraße 59/60; O. Ballin Jr.,
Leipzigstraße 63; Baumarkt-Drogerie, Weinbergstraße 32;
Maxter-Drogerie, Ludwig-Wuchererstraße 76; Kaffee-Drogerie,
L. Wuchererstraße 31; Medigal-Drogerie, Gr. Ulrichstraße 30.

Strümpfe und Socken

solide bewährte Qualität,
läuft man gut
im Spezialgeschäft von
Gebr. A. u. H. Loesch,
Gr. Ulrichstraße 38
Steinweg 30.

Gravirte Bilder,

große Auswahl.
C. F. Ritter,
Leipzigstraße 30.
2 prachtvolle **Plinthen**,
wenig gebraucht, st. Spiegel,
Bettstühle mit Matr., rote Be-
setzte Federbetten, Waschtisch,
Küchenschrank, Kaminöfen,
Schreibtisch, Kleiderkasten, Sam-
meln, Spielzeuge zu verkaufen.
Geisstraße 21, 2 Treppen.
Früher: Leipziger, Meiereibutter
Reis 3 Btl., 900 Mark Radn.
W. Stewers, Friedrichsplatz, Chbr.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.
Jubiläums-Saison.
Des beliebtesten Erfolges
wegen
Verlängertes Gastspiel von
**Sylvester
Schäffer jr.**
Dazu
das völlig neue Programm:
La Bérat,
mythische Götter- und
Heldenwelt.
4 Spiels,
umfang. Bühnen- und Musik-
2 Siddons,
quantitatives Repertoire.

Öffentlicher Vortrag:

Zweck u. Ziel der studentischen Unterrichtskurse.
Mittwoch den 19. Oktober abends 8 1/2 Uhr
in den Thaliasalon.
Eintritt frei. Jedermann ist eingeladen.

Hallo!

Beachten Sie bitte die in dieser Woche in dieser Zeitung
von mir erscheinenden Annoncen. Dieselben
bringen jedem großen Nutzen.
Eine Probe führt zur dauernden Kundenschaft bei
A. Weiffenbach, Alter Markt 1.
Das kleine billige Kaufhaus für
Wäsche, Tricotagen, Schürzen, Herrenkartell, Herrenwaren und sämt-
liche Artikel der Damenkleiderei.
5% Rabatt als Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Haut-Bleichercreme

„Chloro“ bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wir-
ksamstes erprobtes Mittel gegen ungleiche Hautfarbe, Sommers-
proben, Pickelchen, gelbe Flecke, Hautausschläge. Mit ausf. Anweil.
1 Btl. bei einem von 150 Btl. konnte man verlangen 4 Pf. „Chloro“ 11
Laboratorium „Deo“, Dresden-N. 1
Devotio: Löwen, Strich, Schenk, Söllner und Engel-Appa-
rath. Drogerien: W. Hofer, Geisstraße 59/60; O. Ballin Jr.,
Leipzigstraße 63; Baumarkt-Drogerie, Weinbergstraße 32;
Maxter-Drogerie, Ludwig-Wuchererstraße 76; Kaffee-Drogerie,
L. Wuchererstraße 31; Medigal-Drogerie, Gr. Ulrichstraße 30.

Strümpfe und Socken

solide bewährte Qualität,
läuft man gut
im Spezialgeschäft von
Gebr. A. u. H. Loesch,
Gr. Ulrichstraße 38
Steinweg 30.

Gravirte Bilder,

große Auswahl.
C. F. Ritter,
Leipzigstraße 30.
2 prachtvolle **Plinthen**,
wenig gebraucht, st. Spiegel,
Bettstühle mit Matr., rote Be-
setzte Federbetten, Waschtisch,
Küchenschrank, Kaminöfen,
Schreibtisch, Kleiderkasten, Sam-
meln, Spielzeuge zu verkaufen.
Geisstraße 21, 2 Treppen.
Früher: Leipziger, Meiereibutter
Reis 3 Btl., 900 Mark Radn.
W. Stewers, Friedrichsplatz, Chbr.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal. Erscheint wöchentlich dreimal.

| | | | | | |
|--|--|---|---|---|---|
| Abzahlungsgeschäfte M. Thiele, Götzenstr. 1, p. Bettfedern, Betten Herm. Baumüller, Burgstr. 5. Burkhardt, Gr. Märkerstr. 17. Brauereien F. Günther, Halle a. S. Briketts, Kohlen Richard Wolf, verl. Königsstr. Delikatessen und Fische Alfr. Berahardt, Gr. Ulrichstr. 46. Drogen und Farben M. Bädler, Rannischestr. 2. Zin- u. Verkaufsgeschäfte F. Henneke, Kl. Ulrichstr. 15. | Eisen- und Stahlwaren F. Lindenbahn, Königsstr. 8. Eiserne Gefäße Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königsstr. 8. Fahrräder u. Nähmaschinen Henry Klepzig, Reilstr. 2. Fleischermeister, Wurstfabriken J. Klostermann, Advokatenweg 27. Franz Kunze, Burgstr. 59. August Mangold, Merseburger- strasse 105. Robert Schäfer, Königsstr. Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1. Gummiwaren C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41. | Herstellwagen-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Seltmann, Herbergstr. 16. Haus- und Küchengeräte K. Kuckenburg, Rannischestr. 12. Honigkuchen, Zuckerwaren Friedrich Bock, Schmeer- strasse 16. Hüte und Mützen Friedrich Flotner, Geisstr. 23. Kaffee, Kakao, Tee C. O. Bittsch, Leipzigerstr. 51. Ernst Gschäse, Leipzigerstr. 95. Kartongarn W. Schmell, Jakobstr. 60. | Kaufhäuser H. Elkan, Bekleid.-Gegenst. J. Art. Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Kolonialwaren H. Ackermann, Merseburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32p. Oskar Häder, Hallmarkt. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geisstr. 23. Möbel-Magazine Möbel- u. Holz-Tischlermstr. Ulrichstr. 30 Photographische Ateliers Richard Schröder, nur Steinweg 17. | Schneiderlei-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7. Spedition, Möbeltransport O. Kästner & Co., Brunoswarte 36. Wilh. Müller, Brunnenstr. 33. Uhren- u. Goldwaren Friedrich Hofmann, Grasse Klausstr. 23. Robert Koch, Leipziger- strasse 44. Albert Mennecke, Gr. Steinstr. 62. A. Schäfer, Leipzigerstr. 92. A. Weiss, Kleinschmieden 6. Weine u. Fruchtsäfte etc. M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93. Max Künzel, Magdeburgerstr. 59. W. Stewers, Friedrichsplatz, Chbr. | Weiss-Woll-Tapisserie Franz Bammes, Lindenstr. 56. Marie Stellfeld, Triftstr. 4. Zahn-Techniker Willy Muder, Neue Promenade 16, vis-à-vis Leipz. Turm. Zigarrenhandlungen Franz Gorbig, Glauchastr. 70. F. Soldmann, Königstrasse 86. Schubert, William, Zigarren und Schulartikel, Leuchtstrasse 15. Julius Wiedemann, Schmeerstr. 4. Otto Neube, Lerchenfeldstr. 12. |
|--|--|---|---|---|---|

Für die Anträge verantwortlich: Rob. Lippert — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Schöberl & Co. — Schriftl. i. Halle a. S.



Eine gelbe Reichskonferenz.

In der gelben Arbeiterbewegung gibt es eine große Anzahl von „Richtungen“. Man unterscheidet „nationale“, „vaterländische“, „reichstreue“ Arbeitervereine, Werkvereine und noch eine Anzahl anderer. Alle diese Gesellschaften hatten sich am Sonntag, den 16. Oktober, in Magdeburg zu einer sog. **Reichskonferenz** zusammengefunden, die einberufen war von zwölf gelben Vereinen Magdeburgs, darunter sogar zwei evangelischen Arbeitervereinen. Der Konferenz ging am Sonntagabend ein Besprechungsummers voraus, auf der u. a. Antragsen hielten: der Magdeburger Polizeipräsident b. A. Uten, der Oberpräsident der Provinz Sachsen a. G. e. l., Amtsgerichtsrat Lewin, Rechtsanwält R. H. o. r. t. s. und schließlich auch noch ein Pastor. Auf der Konferenz selber berichteten auch noch der Regierungspräsident v. M. i. e. n. i. s. c. h. e. l. die Gelben seines Wohlwollens, was die anderen Herren natürlich auch alle getan hatten. Der Oberpräsident verstand sogar, alles, was in seinen Kräfte liegt, zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung tun zu wollen. Es verheißt sich noch selbst, daß auch Wilhelm II., der „Arbeiterfeind“, wie man ihn nannte, antelegraphiert wurde.

Es waren etwa 200 Delegierte anwesend. Das Hauptreferat hielt der Schloffer Mag. W. a. r. n. e. d. e. vom Arbeiterverein **Christi Gruß** in Magdeburg. Er sprach über „die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Ziele“. In der herrlichen Entfaltung unseres Deutschen Reiches seien die freien Gewerkschaften ein Hindernis. Durch sie würde das Wohlstandswachstum der Arbeiter eingedrängt und die Industrie gehemmt. Was sei dagegen zu tun? Die nationalen Arbeitervereine, die jetzt alle honoreren nichts wissen, in denen die vaterländischen Ansichten herrschen, wenn auch alle auf dem Boden vaterländischer Gesinnung ständen, müßten sich zu gemeinsamen Bemühungen gegen die Sozialdemokratie verpflichten, wenn auch nur in losem Zusammenhang ohne besondere gemeinsame Bestimmungen. Zu diesem Zweck schlug er vor: Alle nationalen Werke und Arbeitervereine sollten sich in den größeren Städten und Bezirken zu Ausschüssen zusammenschließen, die der Leitung eines **Reichsausschusses** unterstünden. Die **Aufgaben** dieses Ausschusses sind: 1. Stützpunkte aufzubauen; 2. Stellung zu nehmen zu a) allen Arbeiterangelegenheiten, b) Streiks und Ausbesserungen, c) allen vaterländischen Forderungen; 3. die nationalen Arbeiter gegen gewerkschaftlichen Terror zu schützen; 4. die Interessen der Arbeiter zu vertreten; 5. in den Gemeinden, in den einzelnen Landtagen, a) im Reichstage; 6. zu diesem Zweck bei allen Wahlen die bürgerlichen Parteien zu unterstützen, wenn sie sich mit den von den Ausschüssen aufgestellten Zielen einverstanden erklären, andernfalls aber 6. besondere Kandidaten auszustellen und 7. Mittelungen über den Stand der Bewegung heranzubringen.

In der Diskussion wurde zunächst bekannt, daß sich tags zuvor ein Bund deutscher Werkvereine gebildet hatte. Zwischen diesem und den Vertretern des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, dessen Hauptvorsitzender der bekannte **Ermer** war, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Während erstere die wirtschaftlichen Forderungen in den Vordergrund stellen wollten, betonten letztere vornehmlich die politischen, nach deren Erbringung die wirtschaftlichen Forderungen von selbst erfüllt würden. Schließlich wurde eine Kommission zur Vorbereitung der Einigungsfrage gewählt. Nach kurzer Beratung gelang es dem Kommissionsmitglied **W. K. u. n. d. e. r.** die Einigung herbeizuführen. Als einziger Grund wurde angegeben, daß man sich über die Leitung nicht hätte einig werden können. Während **Ermer** sie für seinen Bund, als der ältesten Organisation, beanspruchte, verlangten die Werkvereine sie für sich, weil sie die größte Mitgliederzahl hätten. Beide Teile beharrten hartnäckig auf ihrem Standpunkt und lebten jedes Entgegenkommen rundweg ab, bis schließlich die Werkvereine, die in der Mehrheit waren, einfach die Einigung eines **Reichsausschusses** mit dem Sitz in Magdeburg beschloßen, der der nächsten Konferenz, die am 11. Dezember wiederum in Magdeburg stattfinden soll, Vorschläge über die Leitung der gesamten gelben Gesellschaften soll.

Der Vorsitzende hat dann die Pressevertreter — dem Einbringen sozialdemokratischer Pressevertreter hatte man mit allen Mitteln vorbeugen versucht — über die „Mißverständnisse“ nichts zu berichten.

Ueber das **Reichsrecht** und den „Schutz des Arbeitwilligen“ referierte der Vorsitzende des gelben **Waldes** **W. i. s. t. e. n. d. e. r.** Sein Referat war eine Aufzählung der ungläublichen Behauptungen über „sozialdemokratischen Terrorismus“, gegen den endlich gesetzlicher Schutz eingeführt werden müsse. Nicht bitten, sondern erzwingen müsse man die Regierung um diesen Schutz. Die Konferenz zeigte sich noch müde. Sie protestierte in einer Resolution „gegen den Mißbrauch des Reichsrechts und gegen das Wohlwollentum“ und „verlangte geeignete gesetzliche Maßnahmen zum Schutze des Arbeitwilligen, insbesondere auch ein Verbot des **Streikpöbels**“, das „in erster Linie Anlaß zum **Reichsrecht**“ gebe. Keine Arbeiter“, die die Einführung eines **Reichsrechts** verlangen. Und so etwas haben von Beschränkung der **Reichsrechtsfreiheit** durch die freien Gewerkschaften. In der Diskussion wurde übrigens auch noch darüber geredet, daß sich manche Unternehmer wie auch die Presse den Gelben gegenüber nicht entgegenkommend genug zeigen.

Ein Herr **K. u. p. p. l. i. n. g. e. r.** referierte über „staatliche und private soziale Fürsorge“. Der Ton des Lobes nicht ge-

nug finden über die Unzulänglichkeit der Unternehmer, die freiwillig ungeachtet Millionen für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter opfern! Besondere Dank gebührt nach ihm dem — seligen **Freiherrn von Stumm**! Er motivierte sich natürlich die „sozialdemokratische Herrschaft“ in den Kantonskassen usw. und trat schließlich dafür ein — man denke ein angelobter **Arbeitervertreter** — dem Staate nicht noch mehr sozialpolitische Lasten aufzubürden, weil darunter die Industrie und damit die Arbeiter leiden müßten!

Zum Schluß wurde noch eine lächerliche Komödie aufgeführt, indem auf Vorschlag des **W. a. r. n. e. d. e.** eine Resolution angenommen wurde, die ausspricht, daß die nationale Arbeiterbewegung steht und fällt mit der Größe und der Macht des Deutschen Reiches.

Wenn die gelben Selben sich nicht einmal über die Meinliche Frage der Leitung zu einigen vermögen und zu dem Zweck noch eine besondere Konferenz haben müssen, dann wird es ihnen gewiß gelingen, die Sozialdemokratie in Grund und Boden zu vernichten! — Wie wäre es, wenn sie den **Streikverbot** **Friedrich S. i. n. h. e.**, der sich in **W. o. a. b. i. t.** so rühmlich hervorgetan hat, mit der „Leitung“ des gelben Arbeitervereins betrauten . . .

Die englische Vetokomödie.

Aus London wird uns geschrieben:

Die langen Parlamentsferien gehen ihrem Ende entgegen und so macht sich denn auch wieder ein härteres Interesse für die schwebenden politischen Fragen kund. Die Regierung, die sich bisher mit verächtlichen begavten Manövern alljährig am Pöbel erhalten hat, ohne auch nur eine einzige ihrer großen Verpflichtungen und Weisungen einzuhalten, sieht nun wieder eine Anzahl gefährlicher Klippen vor sich. Die in den letzten Monaten fast verholene Frage des **Oberhauses** drängt sich jetzt wieder in den Vordergrund. Der **Chamberlain** hat die Verhandlung und bei der verfahrenen Methode, die die Regierung im Unterhause zur Verfügung steht, kann er sich leicht verhängnisvolle Folgen bringen. Dazu kommt noch die **S. c. h. a. r. n. e. s. t. a. g. e. l. e. n. e. h.**, die sich nicht so schnell von der Tagesordnung verdrängen wird; jedenfalls wird die Regierung während der Herbstferien genötigt werden in dieser für sie sehr verhängnisvollen Frage Farbe zu bekennen.

Vor allem ist es aber die Frage der Stellung des **Oberhauses**, die gefordert werden muß. Die namenlos erbärmliche Stellung, die die liberale Regierung in dieser Angelegenheit eingenommen, ist noch in aller Gedächtnis, wie sie offenen Wortbruch und Verrat geblüht, dann, als die Iren über die Wüste vor die Welt traten, doch noch Anhalten zu einem ernsthaften Kampfe gegen die Iren machte, bis schließlich der **Lord Edward VII.** ihr abermals Gelegenheit bot, die Sache der Demokratie zu vertreten. Die feindsidigen Irden vorarmen sich gerührt am Gange ihres Königs, schloßen einen Gottesfrieden, und setzten sich an den grünen Tisch, um über das schwierige Problem der Oberhausfrage gemeinsam zu beraten. Was hinter den geschlossenen Türen des Konferenzzimmers bisher vorgegangen, davon hat weder die Öffentlichkeit, noch auch das Parlament das Mindeste erfahren. Bei der Verlegung des Parlaments ließ sich **W. a. s. t. u. i. t.** nur zu der Erklärung herbei, daß die Verhandlungen bis dahin noch zu keinem Ergebnis geführt habe, aber ihre Verhandlungen fortsetzen werde. Die herzerlöbten Kommunikationen, daß die Konferenz wieder eine Sitzung abgehalten habe, sind denn in den letzten Tagen auch wieder zum Vorschein gekommen.

Allen, es dürfte der Regierung nach der Wieder-Eröffnung des Parlaments doch etwas schmerzlich werden, in der bisherigen Weise weiter fortzuarbeiten. Die offizielle Trauerzeit ist abgelaufen und so kann der Schindel vom Gottesfrieden wohl auch nicht länger fortgesetzt werden. Unruhige Elemente in beiden großen Parteien, die auf den Schutz ihrer Mandate bedacht sind, fragen, daß die Iren durch die Vetokonferenz aufgestaute Wut, in den politischen Versammlungen den Gesetzen und Ritualen zu schenken, ihre Äußerungen für die nächste Wahl bedroht, und drängen deshalb auf eine Entscheidung. Noch gefährlicher für die Regierung können die Iren und unter Umständen auch die **Arbeiterpartei** werden, die auf die weitestgehende Verschleppung der Verfassungsfrage damit beantworten können, daß sie den Etat und mit ihm die Regierung zu Falle bringen. Und doch ist es gerade eine Entscheidung in der Verfassungsfrage, sei sie nun positiv oder negativ, die sowohl die Regierung wie auch die konservativen Führer am meisten fürchten. Denn diese würde, nicht nur im Falle des Mißlingens der Konferenz, sondern wahrscheinlich auch im Falle einer Einigung baldige **Parlamenten** und **Wahlen** notwendig machen, die keiner der Parteien gelegen kommen würden. Namentlich die Regierung wird zu manchen Kompromissen und Opfern bereit sein, wenn es ihr dadurch gelingt, wenigstens bis zum nächsten Herbst, also bis nach den Krönungsfestlichkeiten und während der **Polonialkonferenz**, die im nächsten Sommer stattfinden, ungehört am Ruder zu bleiben.

Es ist deshalb im höchsten Maße wahrscheinlich, daß die Regierung nach einem plebiszitären Votandum suchen wird, die Vetokonferenz bis in das nächste Jahr, trotz der Krönung, hinauszuzögeln. Gelingt es, die Komödie so lange fortzusetzen, dann wird es der Regierung ein Leichtes sein, unbequeme Fragen in dem Lärm der patriotischen Begeisterung zu erledigen.

In der Tat beuten manche Ansichten auf solche Absichten hin. Es werden jetzt sowohl in der konservativen als in der liberalen Presse Gerüchte verbreitet, wonach die Vetokonferenz noch lange Zeit nicht zu Ende sein werde, daß sie sich nicht nur

mit der engen Frage des Verbot der Iren beschränken werde, sondern daß sie eine völlige Umgestaltung der gesamten Verfassungsgrundlagen des britischen Reiches im Auge habe. Das Projekt ist so fein eingedacht worden, daß es nicht nur die Interferenz der Liberalen und Radikalen, sondern auch gleichzeitig die launehaftigen, vorwärtsstrebenden Elemente der konservativen Partei, und zugleich auch die Iren für sich gewinnen soll. Das Neuland der Vetokonferenz soll ein ganz neues großes **Reichsparlament** — der Traum der konservativen Imperialisten — werden, aber auf Grund der weitgehenden Vergrößerung aller herrlichen Nationen. Home Rule all round! — Ein **Reichsparlament** für alle! heißt das neue Schlagwort. Sonntags für Irland, Sonntags für Wales und Sonntags für Schottland — und alle bürgerlich vereint in einem liberalen Reichsparlament in London, in das außerdem noch Kanada, Australien und Südamerika ihre Vertreter entsenden mögen. Die Iingos schlachten in die Hände, die Iren frohlocken, Lord George, der Prophet von Wales und des Radikalismus ist entsandt und das liberale Schottland nicht minder — und wo alles sich frohlich zusammenschließt, dort wird wohl auch die Arbeiterpartei nicht fehlen!

Grüßwürdige Gelehrte mögen an der vollen Wahrheit dieser hohen Kunde allgemeiner Harmonie zweifeln — allein das ist ja auch Verheißung. Soudatische ist, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, daß die Vetokonferenz wirklich etwas Wichtiges und Würdevolles vor habe, daß demnach ihre Fortsetzung bis in das nächste Jahr hinein gerechtfertigt sei, und daß den Iren und sonstigen unzufriedenen Elementen Aussichten vorgezeichnet werden, die sie von einer entsetzlichen feindseligen Haltung gegen die Regierung abhalten. Daß die **Arbeiterpartei** die einzige Reaktion ist, die bei diesem herrlichen Pläne ganz leer ausgeht, ist kein Zufall und beweist die Regierung nicht zu benehmen. Sie hat ein anderes Mittel, um die Arbeiterpartei am Gängelbande zu führen und unschädlich zu machen: das **O. S. b. e. r. n. e. r. t. e. i. l.** Sowohl die Hoffnung, daß die Regierung die Revision des Urteils vornehmen, wie auch die Furcht, daß sie diese Entscheidung ablehnen werde, wird, so kalkuliert Herr **W. a. s. t. u. i. t.** offenbar, die Arbeiterpartei schon im Saume halten.

So wird man sich, falls die Verhandlungen nicht in der alternativen Zukunft plötzlich zerfallen, auf einen zweiten, längeren Akt der Vetokomödie gefaßt machen müssen. Ob dann die Pläne der beiden herrschenden Parteien im einzelnen so fern gelingen, wie sie sie sich vorgenommen haben, ist unbestimmt, und von vielen schwer berechenbaren Umständen abhängig. Das eine darf jedoch behauptet werden: Falls die Arbeiterpartei sich dazu entschließt, in der Oberhausangelegenheit in der Weise aufzutreten, die ihrer eigentümlich und den dauernden Interessen der Arbeiterbewegung allein dienlich ist, dann kann es ihr nur recht sein, wenn die Rechtsfrage vorläufig noch vom Parlamente ausgeklammert bleibt. Sie kann dann die Herbstferien dazu benutzen, die definitive Erledigung dieser Angelegenheit zu erzwingen, sei es durch freieschwebendes Handeln der Regierung, oder durch den schonunglosamen Kampf gegen die Regierung durch die Entfesselung des Volkszornes gegen kapitalistischen Rechtsraub.

Aus den Nachbarkreisen.

Streikvereine treiben keine Politik.

In Dettfeld hat vor kurzem ein Herbst-Abordneungstag der Streikvereine stattgefunden. Der Vorsitzende, Herr **W. a. s. t. u. i. t.**, hat dem ein so geschickter Vortrag über die Sozialdemokratie gehalten, daß er, trotz seiner Verhandlungen einmal wieder betrogen worden. Einem **Reichsdirektor** **W. a. s. t. u. i. t.** blieb es vorbehalten, etwas offener über das zu sprechen, was von den Streikvereinen als **Reichspolitik** betrachtet wird. Nach den Berichten fürte der Herr, über dessen sonstige Tätigkeit wir nichts erfahren, etwas folgendes aus:

„Unter Hinweis darauf, daß die Sozialdemokraten den Umsturz der jetzigen Verfassung, die Republik erstreben, ferner den Sozialismus und Atheismus predigen, betonte Redner, daß es nicht jedes Vereinsvorsitzenden liege, in seinem Verein für Aufklärung über die Zwecke und Ziele der Sozialdemokratie zu sorgen. Er habe wohl in den Staaten, daß die Streikvereine keine Politik treiben dürfen, das beträfe aber nur die bürgerlichen Parteien. Gegen die antinationalen Sozialdemokraten dürften und müßten die Vereinsmitglieder zu bewegen, daß sie für kommenden Reichstagswahl keinen Sozialdemokraten wählen.“

Zunächst einmal die Feststellung, daß der Herr keine Ahnung von dem hatte, worüber er sprach, nämlich von Sozialismus und Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten, so besapnet er, predigen Atheismus, d. h. die Gottesverleugung. Er will also sagen, daß sie das von V. i. e. n. e. i. e. n. e. n. und alle tun. Wo und wann das geschehen, verheimlicht er füglich und er tut wohl daran, denn bei weiteren Eingehen in die Materie würde er wiederum sagen, was er gesagt. Und das soll dem Ansehen einer solchen Redebeitragen nicht ohne Erfolg sein. Gewiß gibt es Sozialdemokraten, die Atheisten sind und die die Ausbreitung des Atheismus für förderlich halten, aber das ist ihre Privatangelegenheit. Es gibt auch sehr viele bürgerliche, hochangesehene Gelehrte, Künstler usw., die sich zum Atheismus bekennen und doch reichsten sind. Wenn der Herr **Reichsdirektor** das Programm der Sozialdemokratischen Partei durchlesen wollte — er kann es auf Nachfragen von uns gratis bekommen — fände er darin den Satz: Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Sollte er nicht auch bürgerliche

Pflanzenbutter
ein neuer
Butter-Ersatz

Die anhaltende Steigerung der Naturbutterpreise hat mehr und mehr zur Verwendung geeigneter Butter-Ersatzmittel und namentlich der Pflanzenbutter-Margarine geführt. Von letzterer sind besonders beliebt von den Bergh's bekannte Marken

„**Palmkrone**“ und „**Palmstolz**“

die besten Naturbutter in jeder Verwendungsart gleichkommen. In allen einischig. Geschäften erhältlich.

